

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

183 (9.8.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steinbrucker A. Barth, Ettlingen, Kronenstr. 28, Fernruf 78, Postfach 1181 Karlsruhe. Verantwortlich für den politischen Teil: Erich Pabel, Ettlingen, für den lokalen und Inseraten-Teil: A. Barth, Ettlingen. Druck: R. & S. Greiser, GmbH, Ettlingen, Kaiserstr. 40/42. Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr, bringende Anzeigen 10 Uhr.

Bezugspreis durch die Post monatlich 1,60 RM; zusätzl. Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 8 Reichspfennig. Sammelanzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 26 Reichspfennig. Beilagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichterhaltung des Stieles bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen wegfällt. Für Plakatschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 183

Mittwoch, den 9. August 1933

Jahrgang 70

Auslandsecho der Berliner Ablehnung

Berlin, 9. August. Die ausländische Presse nimmt in großer Aufmerksamkeit zu der deutschen Ablehnung des englisch-französischen Schrittes Stellung.

Paris: Die Blätter veröffentlichen in erster Stelle eine Antwort des Berliner Vertreters der Havasagentur auf die Erklärungen der deutschen Nachrichtenbüros, in der es heißt, daß diese Erklärungen einseitig abgefaßt seien. Sie stellen außerdem eine wenig freundliche Antwortung der Vorstellungen dar, die von den interessierten Regierungen in freundschaftlichem Sinne gehalten gewesen seien. Die deutsch-österreichischen Zwischenfälle, die diese Demarche ausgelöst hätten, träten damit in eine bedauerliche Phase ein, die hätte verhindert werden können und die man weniger gewünscht hätte.

Der „Petit Parisien“ erklärt außerdem, Deutschland wisse nunmehr, daß die Staaten, die eng mit dem Schritt verbunden seien, durch den deutsch-österreichischen Konflikt stark beunruhigt wurden. Die Erklärungen, die die T. U. im Zusammenhange mit diesem Schritt der deutsch-österreichischen Angelegenheit abgegeben habe, erlaubten es, sich ein ungefähres Bild der Begründung zu machen, mit denen die Reichsregierung den Diplomaten geantwortet habe.

Der sozialistische „Populaire“ steht in der Antwort der Reichsregierung eine Ablehnung der französisch-englischen Vorstellungen. Hitler weigere sich, seine Politik gegenüber Österreich als einen Vertrag gegen den Verfall der Vertrag zu betrachten und er sehe darin auch keinerlei Nichtachtung des Geistes des Viererpaktes. Er lehne den französisch-englischen Schritt als unvereinbar mit der Souveränität Deutschlands ab. Man brauche außerdem nur die Kommentare der deutschen Agenturen zu lesen, um sich darüber klar zu werden, mit welcher Ungeschicklichkeit diese Demarche vorbereitet worden sei. Es sei endlich an der Zeit, den Diplomaten die Sache aus der Hand zu nehmen, um sie dem Völkerverbund zu übergeben, der sich bestimmt der Aufgabe gewachsen zeigen werde, wenn Paris und London es wollten.

Der „Matin“ veröffentlicht eine Erklärung, die wenn sie auch nicht amtlichen Charakter trägt, doch von oben her inspiriert zu sein scheint. Zwischen Staatssekretär von Bülow und dem französischen Botschafter sei sicherlich von der Prämisse des Viererpaktes die Rede gewesen, die es nach französischer Auffassung den Viererstaaten nicht erlaube, sich in die Angelegenheiten eines dritten Staates, in diesem Fall

Österreichs, zu mischen. Der Geist dieser Prämisse sei von Deutschland verlegt worden. Der französische Botschafter habe keine Genußnahme erhalten, denn die Reichsregierung sei der Ansicht, daß seine Beziehungen zu Österreich nur sie allein angehe.

Der „Excelsior“ betont, daß es dem französischen Botschafter sicherlich nicht schwer gefallen sei, die Anschuldigungen Staatssekretärs von Bülow bezüglich der deutsch-österreichischen Propaganda des Strahburger Senders zurückzuweisen. Der Strahburger Sender enthalte sich jeder Propaganda gegen das nationalsozialistische Deutschland und beschränke sich darauf, von Zeit zu Zeit mit einiger Schlaueit deutsche Pressestimmen wiederzugeben, die es der französischen Öffentlichkeit ermöglichen, sich einen Begriff von den Gefühlen zu machen, die das nationalsozialistische Deutschland gegenüber Frankreich hege. Was die Ueberfliegung österreichischen Gebietes durch deutsche Flugzeuge angehe, so wisse man französischerseits sehr wohl, daß der sehr energische Luftfahrtminister Goering nur ein Wort zu sagen brauche, um diesen Ueberfliegungen ein Ende zu bereiten.

London. In dem Berliner „Times“-Bericht heißt es u. a.: Der Ton der deutschen Verlautbarung zeigt klar, daß

die deutsche Regierung nicht bereit sei, irgend etwas zur Erleichterung der Spannung zu tun. Der Ausgang des Kampfes um Österreich könne sehr wohl von lebenswichtiger Bedeutung für die Nationalsozialisten sein. Aus diesem Grunde sei es unwahrscheinlich, daß die Nationalsozialisten von dem Kampf um Österreich ablassen. Außerdem glaubten die Nationalsozialisten fest daran, daß die ausländischen Staaten in dieser Angelegenheit letzten Endes unentschieden sein werden. Sie glaubten nicht, daß Frankreich, England oder Italien bereit seien, viel weiter zu gehen, als Ermahnungen im Namen Österreichs zu erteilen. Wenn die Nationalsozialisten die Macht in Österreich gewinnen, dann würde ein formeller deutsch-österreichischer Zusammenschluß nicht notwendig sein. Ein nationalsozialistischer Kanzler in Österreich würde Hitler genau so ergeben sein, wie die neue Danziger Regierung.

Im Gegensatz zur „Times“ meldet der „Daily Telegraph“ und die „Morning Post“ und andere Zeitungen, daß Deutschland, wie dies bereits in einer Reutersmeldung am Montag besagt wurde, angedeutet habe, sein bestes tun zu wollen, um in Zukunft weitere Zwischenfälle zu vermeiden. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet sogar, es sei von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß sie unmittelbare Maßnahmen ergreifen wolle, um die propagandistische Ueberfliegung Österreichs und die propagandistische Rundfunkbottschaften gegen Österreich einzustellen.

Moskau. In hiesigen politischen Kreisen verfolgt man mit großer Aufmerksamkeit die Berliner diplomatische Aktion der Mächte in der deutsch-österreichischen Frage. Es ist hierbei eine merkwürdige Zurückhaltung der russischen maßgebenden Kreise zu beobachten.

Friede zwischen Danzig und Polen

Berlin, 9. Aug. (Kernruf unserer Berliner Redaktion.) Abseits von der großen Politik hat das komplizierte und verfahrenere Verhältnis zwischen Danzig und Polen eine entscheidende Wendung

genommen. Gestützt auf einen einheitlichen Volkswillen, konnte der nationalsozialistische Senatspräsident es wagen, zu einem Staatsbesuch nach Warschau zu fahren, um das danzig-polnische Problem auf neuer Grundlage in direkten Verhandlungen zu regeln. Nur eine Regierung, die das ganze Volk bedingungslos hinter sich hat, kann einen derartigen Schritt wagen, ohne daß der Gegner dies als Schwäche ansähen kann. Die neue Regelung des Verhältnisses Danzig-Ödgingen birgt die Hoffnung in sich,

daß endlich einer der schlimmsten Streitpunkte im Osten aus dem Wege geräumt ist.

So wie sich die Dinge in den letzten Jahren entwickelt hatten, konnte es schlechterdings auch nicht weitergehen. Polen hatte Danzig vor Völkerverbund mit der ausdrücklichen Weisung zur Mitbenützung freigestellt erhalten, daß es seinen Seeverkehr völlig über Danzig leitet. Diese Weisung und feierlich eingegangene Verpflichtung hat Polen nicht einen Tag lang gehalten. Es ging sofort daran, 18 Kilometer vor Danzig entfernt seinen eigenen Hafen Gdingen anzulegen und hat in der Folgezeit mehr und immer mehr seinen Seeverkehr nach diesem eigenen Hafen geleitet. Die Folge davon war,

daß im letzten Jahr bereits Gdingen 48,3 Prozent des polnischen Seeverkehrs an sich gerissen hatte und Danzig nur noch 51,3 Prozent verblieben war.

Das Krisenjahr 1932 bis 1933 wirkte sich dahin aus, daß der Warenumschlag in Danzig immer weiter zurückging, während Gdingen seinen Stand halten konnte. Dieser letztere Umstand basiert auf der Tatsache, daß Gdingen staatliche Subventionen erhielt, während Danzig nur auf wirtschaftlichen Rentabilitätsberechnungen konkurrieren konnte.

Diesem Zustand ist nun durch das neue Danzig-polnische Abkommen Einhalt geboten worden. Abgesehen von der Befestigung der politischen Spaltung, dürfte nun auch die wirtschaftliche Existenz Danzigs gesichert sein.

Der Vorvertrag zwischen Danzig und Polen

Die getroffenen Abmachungen, die als ein Vorvertrag gelten, enthalten folgende Uebereinkommen:

Das Abkommen über die Ausnutzung des Danziger Hafens

durch Polen (Konkurrenz Gdingen) hat folgenden Wortlaut: „Der Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung sind, von dem Wunsche befeuert, die kritischen Fragen im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen zu regeln, unter den Auspizien des hohen Kommissars des Völkerverbundes über folgendes übereingekommen:

1. Der Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung sind sich darüber einig, daß das vor den Instanzen des Völkerverbundes in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens schwebende Verfahren für die Dauer dieses Uebereinkommens einstellt werden soll.

2. Die polnische Regierung wird unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr), der gegenwärtig über den Hafen von Danzig geht, unter Berücksichtigung der Quantität der Ware zu verhindern.

3. Der Senat der Freien Stadt Danzig wird im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Freien Stadt Danzig mit der polnischen Regierung an der Förderung des direkten seewärtigen Verkehrs zusammenarbeiten.

Uebereinkommen über die Behandlung polnischer Staatsangehöriger

Danach werden in Danzig öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache errichtet werden, und zwar auf schriftlichen Antrag von Erziehungsberechtigten, der mindestens 40 Schulkinder polnischer Herkunft oder Sprache, die in derselben Gemeinde oder in Nachbargemeinden von dreieinhalb Kilometern wohnen. Die öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache sollen nach den Grundrissen und Bedingungen unterhalten und geleitet werden wie die öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache.

Um den Danziger Staatsangehörigen polnischer Herkunft den Gebrauch ihrer Muttersprache auch bei dem Fortbil-

Wir werden es schaffen!

Zwölf Landkreise in Baden und Württemberg nahezu frei von Arbeitslosen

Wie der Präsident des Landesarbeitsamts Südwürttemberg mitteilt, sind in Württemberg und Baden bereits 12 Landkreise fastgänzlich, in denen am 31. Juli d. J. weniger als 100 unterstützte Arbeitslose vorhanden waren. Es waren dies die acht württembergischen Oberamtsbezirke Gaildorf, Gerabronn, Horb, Künzelsau, Mergentheim, Mühlhausen, Niedlingen und Sulz und die vier badischen Amtsbezirke Adelsheim, Merschingen, Pfullendorf und St. Gallen. Es ist anzunehmen, daß diese ländlichen Bezirke, die zusammen über 200 000 Einwohner haben, in kürzester Zeit von Arbeitslosen völlig freigemacht werden können. Dabei ist zu beachten, daß bereits eine große Zahl jugendlicher Arbeitsloser aus Industriegebieten in den genannten Bezirken in der Landwirtschaft untergebracht werden konnten.

Die umfassenden Bemühungen um Arbeitsbeschaffung haben im Monat Juli in Württemberg und Baden so gute Erfolge gezeitigt, daß im Laufe des Monats rund 13 500 Arbeitslose wieder in die Wirtschaft eingegliedert werden konnten. Der bisher von der Arbeitslosenstatistik der Arbeitsämter erfaßte Personenkreis ist auf 242 172 Personen gesunken. Dabei ist zu beachten, daß ein Teil der im Arbeitsdienst Beschäftigten, soweit er aus dem Kreise der Unterstützungsempfänger stammt, in der Statistik als arbeitslos mitgezählt war. Zieht man diese im Arbeitsdienst Beschäftigten, die sicherlich nicht als arbeitslos im eigentlichen Sinne angesehen werden können, ab, so ergibt sich eine weitere Abnahme von 6713 Personen und für Ende Juli ein tatsächlicher Bestand von 235 459 Arbeitslosen, 180 880 Männern und 54 599 Frauen.

Die tatsächliche rechnerische Gesamtzunahme der Arbeitslosenzahl stellt sich im Monat Juli auf 17 879 Personen, 14 123 Männer und 3756 Frauen. Sie ist etwas kleiner als die Summe der wieder in die Wirtschaft Eingegliederten und der aus der Statistik ausgeschiedenen im Arbeitsdienst Beschäftigten, weil im Verlauf einer Sonderaktion, die zur Unterbringung von arbeitslosen Mitgliedern der nationalen Wehrverbände eingeleitet wurde, sich rund 2400 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern neu gemeldet haben und in die Statistik neu aufgenommen worden sind.

Von der Gesamtzunahme entfallen 8096 auf Württemberg und Hohenzollern und 9783 auf Baden. In Baden

wurden Ende Juli 149 103 Arbeitslose (113 741 Männer und 35 362 Frauen) gezählt. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 6299 oder um 5,9 Prozent, nämlich auf 98 800 Personen (77 867 Männer und 20 933 Frauen) gefallen, davon kamen auf Baden 60 616 gegen 69 844 am 30. Juni 1933.

Landgewinnung an den Nordseeküsten

Berlin, 9. Aug. Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten teilt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mit:

Seit Jahrzehnten werden an der deutschen Nordseeküste vor allem an der schleswig-holsteinischen Westküste, von der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung umfangreiche Arbeiten zur Wiedergewinnung des im Laufe der Jahrzehnte den Sturmfluten zum Opfer gefallenen Landes ausgeführt, das früher die Inseln mit dem Festlande verband. In den letzten 30 Jahren konnten auf diese Weise etwa 5000 Hektar wertvollsten Bodens dem Meere wieder abgeronnen werden. Das Endziel der Landgewinnungsarbeiten ist die Einbeziehung des angewachsenen Landes, sobald es eine gewisse Höhe erreicht hat, und die Befriedelung der so gewonnenen „Aöde“. Zurzeit sind zwei neue Aöde in der Diekender Länge im Bau, durch die zwei neue Aöde in der Diekender Länge im Süderdänischen und in der Fämländer Länge bei Eiderstedt von 1035 und 535 Hektar Größe gebildet werden. Ferner sind vor kurzem die Arbeiten zur Verfüllung eines brackwasserfreien, befahrbaren Damms zwischen der Insel Nordstrand und dem Festland in Angriff genommen worden, der für die Landgewinnung an jener Stelle von besonderer Bedeutung sein wird. Weitere umfangreiche Anlagen zum Schutze der Küste sind ebenfalls im Bau. Insgesamt hat der preussische Staat für alle diese Arbeiten in diesem Jahr etwa 9 Millionen RM. durch Anleiheaufnahme der Mittel der Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reichsregierung bereitgestellt. Etwa 5000 Arbeiter finden hierbei unzugrundende Beschäftigung. Das preussische Landwirtschaftsministerium beabsichtigt, die Arbeiten in den nächsten Jahren in noch größerem Umfange fortzuführen. Geplant ist ferner die Abdämmung der Eider. Es werden dadurch 35 000 Hektar wertvollsten Bodens, die jetzt sehr oft bei Sturmfluten unter Wasser kommen, intensiver landwirtschaftlicher Kultur und Besiedlung zugeführt werden.

Dungs-Unterricht zu gewährleisten, werden Klassen mit polnischer Unterrichtssprache errichtet werden, vorausgesetzt, daß für solche Klassen mindestens 25 Danziger Staatsangehöriger polnischer Herkunft in den Städten und 15 auf dem Lande eingetragen worden sind.

Die polnischen Staatsangehörigen und andere Personen polnischer Herkunft oder Sprache werden an der Technischen Hochschule in Danzig dieselbe Behandlung erfahren wie die Danziger Studenten deutscher Nationalität.

Die Freie Stadt Danzig gewährleistet den freien Gebrauch der polnischen Sprache sowohl in persönlichen als auch in wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Dies bezieht sich auf den Gebrauch der polnischen Sprache in der Presse bei Veröffentlichungen jeglicher Art, als auch bei öffentlichen und privaten Versammlungen. Die Freie Stadt Danzig

gewährleistet sowohl die Freiheit als auch die tatsächliche Möglichkeit, sich in polnischer Sprache an die Behörden zu wenden. Jedoch besteht für Danzig keinerlei Verpflichtung für eine zweisprachige Verwaltung.

Allgemeine Bestimmungen
Die Danziger Staatsangehörigen, die im Dienste polnischer Behörden und Dienststellen auf Danziger Gebiet stehen, genießen absolute Freiheit hinsichtlich der Auswahl der Schule für ihre Kinder. Seitens der polnischen Behörden und Dienststellen darf auf die Auswahl keinerlei Einfluß ausgeübt werden. Die Angestellten dürfen wegen der Ausübung der freien Wahl der Schule keine Nachteile hinsichtlich des Dienstes erleiden. Danzig übernimmt hinsichtlich der Personen polnischer Herkunft oder Sprache, die in ihrem Dienst stehen, die gleiche Verpflichtung.

sich jetzt nicht mehr um eine wirtschaftliche, sondern um eine rein politische Frage handelt. Die Polizei beschütze jetzt nicht mehr Streikbrecher, sondern „Nazifürmtruppen und Propagandareiter“. Der Polizeimeister weigerte sich, die Beamten zurückzuziehen und wies gegenüber der Drohung mit dem Generalstreik darauf hin, daß ein solcher Streik nach dem vor einigen Monaten erlassenen dänischen Gesetz strafbar sei, da bis 1934 nicht gestreift werden dürfe. Trotzdem wurde der Generalstreik ausgerufen. Eine große Anzahl von Gewerkschaften ist dieser Parole sofort gefolgt, während in anderen Berufen heute noch gearbeitet wird.

Deutschland als Sündenbock für Straßburg

Wie nicht anders zu erwarten, wird auch für die Streikunruhen die Schuld auf Deutschland geschoben.

Die wildesten Nachrichten kursieren und werden zum Teil von den Chauvinistenblättern gebracht. So will man ein mit Munition beladenes deutsches Auto angehalten und die Insassen durchsucht haben, von denen einer einen Revolver bei sich hatte. Die Leute gehören der Handelswelt an und hatten mit dem Streik absolut nichts zu tun. Sie werden wegen verbotenen Waffentragens bestraft werden. Von dem Schauermärchen, daß im Auto Knüttel, Dörsenmesser und sogar Schaufeln vorgefunden wurden, blieb nichts weiter übrig, als ein kleiner Handspaten, wie man ihn zum Zelteinbau auf Reisen benutzt. Auch die Meldung, daß die Insassen Hitler-Armbinden in ihren Taschen trugen, entspricht nicht den Tatsachen. Unter den Insassen befanden sich ein Bauunternehmer Goldschmidt aus Dresden und ein Rechtsanwalt Kaufmann. Die „Wiener Reichspost“ meldet, zweifelslos aus französischen Quellen, daß in Straßburg nicht weniger als 50 bewaffnete Nationalsozialisten verhaftet worden seien. Dabei ist der Grenzübertritt an der Rheinbrücke für Grenzarteninhaber und Grenzgänger seit vorigen Freitag nahezu völlig gesperrt. Das unter den Streikenden und Kundgebenden Arbeitern auch einige Deutsche vertreten sind, dürfte bei der großen Zahl in Straßburg beschäftigter deutscher Staatsangehöriger nicht ausgeschlossen sein. Es steht aber fest, daß sich gerade die Deutschen sehr zurückgehalten haben.

Abflauen des Streiks in Straßburg

Paris, 9. Aug. Wie aus Straßburg gemeldet wird, hat am Montag ein Teil der Schlachthofangeestellten und der Bierbrauer die Arbeit wieder aufgenommen. Die Bauarbeiter haben erklärt, daß sie den Schiedsspruch des Arbeitsministers annehmen würden. Auch die kommunistischen Gewerkschaften haben sich damit einverstanden erklärt. Die Bauunternehmer haben sich ebenfalls bereit erklärt, die Verhandlungen mit den Streikenden aufzunehmen, wenn die Arbeitnehmer der Bildung eines Ausschusses zustimmen, der mit der Lohnfestlegung beauftragt werden soll. Besonders schlimm wirkt sich der Streik der Müllabfuhrarbeiter aus. Es werden durch den ausgefallenen Unrat gesundheitliche Schäden befürchtet. Einige besonders verschmutzte Straßen wurden von der Feuerwehr mit Spritzen gewaschen.

Streik in Mülhausen

Mülhausen, 9. Aug. Der Streik von Straßburg hat sich nun auch auf Mülhausen ausgebreitet, wo die Bauarbeiter gestern mittag die Arbeit niedergelegt haben. In den Abendstunden fand eine von den Kommunisten und Sozialistischen Gewerkschaften gemeinsam einberufene Versammlung statt, in der verlutet wurde, den Generalstreik zu proklamieren. Die Polizei hat bereits weitgehende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. In Neudorf haben die Druckerarbeiter einen Sympathiestreik abgelehnt, jedoch einen Kredit von 20 000 Franken zur Unterstützung der Streikenden bewilligt.

Auflösung der Hilfspolizei in Preußen

Berlin, 9. Aug. Der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Goering, hat die Hilfspolizei, nachdem sie ihrer Zweckbestimmung im vollen Umfange gerecht geworden ist, mit dem 15. August 1933 aufgelöst. Eine weitere Ausbildung findet daher nicht mehr statt. Die bisherigen Runderlasse treten mit Ablauf des 15. August 1933 außer Gültigkeit.

Auflegung des englischen Teiles der österreichischen Anleihe

London, 9. Aug. Der englische Anteil der internationalen 300 Millionen Schilling-Anleihe 1933-1935 an Oesterreich wird, wie amtlich mitgeteilt wird, morgen in London aufgelegt.

Abkommen zwischen USA und Haiti

Washington, 9. Aug. Wie das Staatsdepartement mitteilt, ist am Montag in Port-au-Prince ein Abkommen unterzeichnet worden, aus dem die amerikanische Regierung ab 1. Oktober 1934 die amerikanischen Truppen aus Haiti zurückziehen und die finanzielle Selbstständigkeit Haitis teilweise wieder herstellen wird.

Die japanischen Truppen zurückgezogen

Tokio, 9. August. In Erfüllung der im japanisch-chinesischen Waffenstillstandsvertrag festgelegten Bedingungen haben die letzten japanischen Truppen nunmehr das Gebiet südlich der Großen Mauer verlassen.

Mandschukuo handelt eigenmächtig

Peking, 9. Aug. Da die Verhandlungen über den Verkauf der chinesischen Ostbahn in Tokio sehr langsam und schwebend verlaufen, haben die mandschurischen Behörden beschlossen, die ihnen bringenden erheblichen Maßnahmen selbstständig durchzuführen. Zu diesen gehört die Einführung der örtlichen Währung im Betriebe der Bahn, die bisher bekanntlich in russischen Goldrubeln verrecknete. Gleichzeitige Entlassungen von Sowjetangehörigen vorgenommen, die nach Ansicht von Mandschukuo zu Unrecht verantwortliche Posten einnehmen. Ihre Posten werden mit mandschurischen Staatsangehörigen besetzt.

Deutschenheze in Dänemark

Generalfreie in Apenrade

Kopenhagen, 9. August. Wie aus Apenrade gemeldet wird, hat der kommunistische Folketing-Abgeordnete Axel Larsen dort auf einer kommunistischen Massenkundgebung am Montagabend eine Hezrede gehalten, in der er Deutschland verhöhnte und die deutschen Symbole beschimpfte. Vor aller Augen zerriß er eine Hakenkreuzfahne und trat sie mit Füßen. Wie verlautet, hat der deutsche Konsul bei den amtlichen Behörden Protest erhoben und die Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten gefordert. Der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen wurde ein Bericht über den Vorgang übermittelt.

Gestern um 6 Uhr morgens haben zehn junge Nationalsozialisten mit der Zerschlagung des deutschen Motorsfahrzeugs „Maja“ begonnen. Man erwartet, daß die Arbeit heute Abend abgeschlossen werden kann, worauf die „Maja“ sofort in See geht. „Berlinski Tidende“ weiß zu berichten, daß 42 Polizeibeamte bereitstehen, um die angeblichen kommunistischen Störungsversuche zu verhindern. Axel Larsen hat in seiner bereits angeführten Rede u. a. erklärt, daß die Kommunisten an der „Maja“ ein „Exempel statuieren“ würden. In dänischen Kreisen wird der Apenrader Marxistenterror scharf verurteilt.

Am Nachmittag begaben sich die Führer der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zum Polizeimeister und verlangten Zurückziehung der Polizei vom Hafen, da es

Aufrehr in Cuba

60 Todesopfer — Vor einem Eingreifen Amerikas?

Havanna, 9. August. In ganz Cuba ist der Generalstreik ausgebrochen, der immer schärfere Formen annimmt. Besonders in Havanna häufen sich die Zusammenstöße. Aus den auf dem Hauptpostamt in Havanna postierten Maschinenengewehren wurde auf die Menge wiederholt geschossen. Zehn Personen wurden dabei getötet und mehr als 50 verletzt. Die Gesamtzahl der Toten, die die Kämpfe des Montag und Dienstag zu verzeichnen haben, wird auf etwa 60 geschätzt. Havanna bietet einen trübseligen Anblick. Starke Polizei- und Militärpatrouillen durchziehen die Stadt. Das Militär hat in den Parkanlagen Zeltlager aufgeschlagen.

Um die Interessen der Amerikaner zu schützen, hat der amerikanische Posthändler Welles der cubanischen Regierung die Mitteilung zugehen lassen, daß die amerikanische Regierung die Lage in Cuba für so ernst ansehe, daß, falls nicht innerhalb 24 Stunden Mittel und Wege zur Beilegung der Unruhen gefunden werden, sie ihre Konsequenzen daraus ziehen müßte. In unterrichteten Kreisen deutet man diese Mitteilung als ein verdecktes Ultimatum und nimmt an, daß die Möglichkeit einer Besetzung durch amerikanische Truppen gegeben sei.



Der kleine Mann richtete sich auf. Aus seiner Nase lief Blut und das linke Auge war blaugeschlagen. Mit zitternden Händen band er sich die Kravatte, seine Lippen bebten und der Blick der brennenden Augen war voll unauflöslichen Hasses.

Aus einem blühenden Fliederbusch in der Nähe richtete sich ein blonder Kopf auf, langsam und leise, ein helles Mädchenkleid glänzte sekundenlang in der Sonne und mit unhörbaren Schritten verschwand die Verwalterstochter um die nächste Straßenecke.

„Günther — Sie wollen schon gehen?“
„Ja, Inge —“
„Ohne mir etwas zu sagen?“ Sie sah ihn vorwurfsvoll an. „Das ist nicht schön von Ihnen.“
„Sie hätten vielleicht versucht, mich zu halten, Inge, und ich möchte weg —“
„Ich weiß wohl nicht alles; aber ich verstehe, daß Sie nicht die rechte Festimmung haben.“
Sie standen nebeneinander im Foyer des Hotels, er bereihte mit Gut und Ueberzieher in der Hand, sie im weißen und sehr kostbaren Abendkleid. Aus dem Saal nebenan klang ein langsamer Tango.
„Was würden Sie sagen, wenn ich Sie hätte, mich nach Hause zu bringen?“
„Nein, Inge!“ — Er wehrte sie lächelnd ab, als sie sich an seinen Arm hängen wollte. Für Sie ist dieser Sonntag ein festliches Ereignis, Ihr Boot hat geistl

Sie müssen auch die Freude dieses Tages voll auskosten — ich gebe zu, daß ich Sie sonst immer mit tausend Freuden begleiten würde. Heute aber müssen Sie noch da bleiben, schon deshalb, weil ich mit meinen Gedanken auf diesem Heimweg allein sein möchte.“

Sie sah ihn forschend an: „Günther?“
„Ja, Inge. Ich habe heute viel zu überlegen, und es geht um meine kommenden Tage. Sie aber, Sie sollen das Freuen dieses Abends nur ganz auskosten — da, sehen Sie! Mein Freund Karsten sucht Sie schon! — Er kommt um seinen Tanz, und er hat recht. Ich würde ihn auch nicht so ohne weiteres zurücklassen.“
„Sie werden warten, bis dieser Tango zu Ende ist.“
„Inge —“

„Ich weiß, daß Sie warten!“ Mit ihrem hellen Siegerlächeln reichte sie ihm die Hand, um gleich darauf an der Seite des eben gekommenen Mannes im Saal zu verschwinden.
Günther stand erst unschlüssig; sollte er bleiben? Nach kurzer Ueberlegung wandte er sich mit einem Seufzer ab und trat aus der Hotelhalle ins Freie, den Weg gegen Siebenbrunn einschlagend.

Außerhalb des Marktes, eben da, wo links und rechts dicke Büsche die Straße begrenzten, fiel ein Schatten vor seine Füße; ein kleiner Mann trat aus dem Dunkel der hohen Sträucher und eine Stimme war neben ihm: „Ich habe die Ehre mit Herrn Baron Urach?“

„Ja, mein Herr.“ Günther war stehen geblieben; der Mond war noch nicht aufgegangen, so daß er das Gesicht des vor ihm Stehenden nur undeutlich erkennen konnte.
„Sie wünschen?“

„Ich hätte dem Herrn Baron wichtige Nachrichten zu geben, die Herrn Baron sicher interessieren dürften.“ flüsterte der Kleine unterwürfig. „Wenn Herr Baron einen Augenblick gestatten, daß ich ihn begleite —“

„Um was handelt es sich denn?“
„Ach, um eine Affaire mit dem Herrn Gleichen —“
„Kommen Sie! — Ich höre.“ Sie schritten nebeneinander über den nicht allzu breiten Fahrweg dahin. Was wollen Sie also?“

„Mein Name ist Groß, Waldemar Groß, Herr Baron, ich habe schon bessere Tage gesehen — ich hatte früher große Waldungen in Böhmen. Aber ich spielte gern, und Herr Gleichen ließ mir Geld — ich kam vollständig in seine Hand. Seitdem bin ich nichts anderes mehr als sein Werkzeug.“ Die Stimme klang wie gesprungenes Glas.

„Herr Gleichen will Ihnen nicht wohl, Herr Baron!“
„Davon bin ich auch ohne Ihre Mitteilung vollkommen überzeugt.“
„Ach, ich weiß noch verschiedenes — Herr Baron haben doch einen anonymen Brief bekommen wegen Fräulein Hoover, nicht wahr?“
Der junge Urach war stehen geblieben: „Bei Gott! Woher wissen Sie das?“

„Hühü! — Soll ich nicht wissen! Wo ich ihn selbst diktiert bekommen habe! — Er kann nette Briefe schreiben, der Herr Gleichen, auch an Ihren Herrn Vater habe ich verschiedene anfertigen müssen, die ihm nicht gut bekommen sind, ja, ja!“ Der Mann kicherte vor sich hin.
„Und Ihr Boot hat heute morgen wohl ein Loch gehakt? Im Tank, was? Das habe ich getan, Herr Baron — weil er das so wollte.“

„Aber um Himmelswillen — warum —“
„Sie sind sehr harmlos, Herr Baron — der Herr Gleichen brauchte immer Geld und Fräulein Hoover hat sehr viel davon — aber wenn Fräulein Hoover mit Herrn Baron verheiratet waren, dann kam er kaum mehr in Frage. — Und das wollte er ja! — Das! — Aber es ist ihm danebengegangen und Waldemar Groß freut sich sehr darüber. — Da! — sehen Sie her!“ Trotz der Dunkelheit erkannte Günther das blutunterlaufene Auge des fremden Mannes. „Daher hat er mich geschlagen in seiner Wut, weil das mit dem Boot nicht glückte — ich habe Sie selbst beobachtet, wie Sie dahinter kamen — nun freue ich mich! Ja, nun freue ich mich! Er soll sie nicht haben, er soll nicht! — Und da, wie er mich schlug, daß mir das Blut aus der Nase lief, mich, der ich ihn doch mit Leichtigkeit in das Gefängnis bringen konnte, — da wurde es mir zuviel und ich beschloß, es Ihnen zu sagen; — und Sie zu warnen, Herr Baron.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Ettlingen-Stadt und Land kauft „Arbeitslose“ —

Ihr helft den Arbeitslosen!

Verschmecht die düst're Wolke der Arbeitslosigkeit!
 Selbst, daß dem deutschen Volke Erblühe bess're Zeit!
 Die Arbeitslose bringen den Arbeitslosen Brot,
 Laßt drum nicht lang Euch zwingen, Kämpft gegen Leid und Not!
 Geweiht „dem deutschen Volke“ Ist diese Lotterie!
 Sorgt, daß die düst're Wolke Recht bald vorüberzieht!

Kopierer zur Förderung der nationalen Arbeit!

Gesellschaft für Spinn- und Weberei Ettlingen:		
Ertrag seitens der Beamten	RM. 235.28	RM.
Ertrag f. d. Meister, Arbeiter	742.86	978.14
Spende der Firma 978.14 1 956.28		
Lorenz A.-G., Maschinenfabrik, Ettlingen:		
Spende sämtlicher Arbeiter und Angestellten		
zusätzlich der Spende der Firma selbst		
aufgerundet auf 1 000.—		
G. Schneider u. Söhne, Ettlingen:		
Spenden der Arbeiter	RM. 16.—	
Spenden der Angestellten u. Vertret.	225.45	
Spende der Firma selbst	300.—	541.45
Schneiderfilz GmbH., Ettlingen:		
Spende der Arbeiter, Angestellten u. Firma selbst 315.59		
Volksbank Ettlingen:		
An den Bad. Genossenschaftsverband als Adolf-Hitler-Spende		
RM. 150.— 320.—		
An den Deutschen Genossenschaftsverband als Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft		
RM. 170.—		
Gedr. Jäger, Papierfabrik, Malsch:		
Jeder Arbeiter verpflichtete sich, bis auf weiteres monatl. RM. 1.— abzuführen, was monatl. RM. 52.— ausmacht; durch Spenden der Angestellten RM. 18.—, zusammen RM. 70.—, und wird durch den Betriebsinhaber erhöht auf 100.—		
Karl Bachner u. Sohn, Ettlingen:		
Arbeiter und Angestellten	RM. 45.56	
von der Firma selbst	44.44	90.—
Maschinenfabrik Ettlingen GmbH.:		
Trotz Kurzarbeit hat die Sammlung bei den Arbeitern und Angestellten ergeben 56.61		
Sägewerk Langenfeinbach GmbH.:		
von den Arbeitern	RM. 20.25	
von der Firma	20.25	40.50
Süddeutsche Herd- und Backofen-Industrie Ettlingen		
auf 20.—		
Mittelbad. Courier, Ettlingen		
Arbeiter, Angestellte und Firma auf 18.50		
Mesgermeister August Neuer, Ettlingen,		
auf ein Jahr monatlich RM. 3.—		

Warnung an die Schwächer!

Änderung des StrGB. — § 164

Wer einen anderen bei einer Behörde oder einen zur Entgegennahme von Anzeigen zuständigen Beamten oder militärischen Vorgesetzten oder öffentlich wider besseres Wissen einer strafbaren Handlung oder der Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht in der Absicht verächtlich, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen oder fortzudauern zu lassen, wird wegen falscher Anschuldigung mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer in gleicher Absicht bei einer dem im Absatz 1 bezeichneten Stellen oder öffentlich über einen anderen wider besseres Wissen eine sonstige Behauptung tatsächlicher Art aufstellt, die geeignet ist, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen oder fortzudauern zu lassen.

Neben der Strafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Ist die Tat in der Absicht begangen, sich oder einem Dritten einen Vermögensvorteil zu verschaffen, so ist die Strafe nicht unter drei Monaten Gefängnis.

Ist die falsche Anschuldigung (Abs. 1 und 2) nicht wider besseres Wissen, aber vorläufig oder leichtfertig begangen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe.

Die Änderung obigen Paragraphens ist aus vielen falschen Gerüchten und absichtlich falschen Aussagen, die in letzter Zeit in erheblichem Maße in Erscheinung treten, hervor gegangen. — Die Beherzigung dürfte für viele von großem Vorteil sein, denn in nächster Zeit wird in dieser Beziehung scharf vorgegangen.

Unfall im Arbeitsdienstagelager. Der Führeranwärter Heinrich Jost aus Karlsruhe ist heute morgen um 6 Uhr auf dem Treppenhause ausgerutscht und so unglücklich gestürzt, daß er sich den rechten Unterschenkel brach. Nachdem der Lagerarzt Dr. Heraucourt den Notverband angelegt hatte, fand der Verunglückte, welcher von allen Kameraden sehr bedauert wird, Aufnahme im hiesigen Krankenhaus.

Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (NSKK). Heute Mittwoch abend findet im oberen Saale der „Sonne“ ein Werbeabend statt, an dem auch ein Vortrag von Herrn Dr. Jorban, Regierungsrat beim Finanzamt Karlsruhe, über Zweck und Ziele des NSKK, gehalten wird. Ein Sturm der Teilnahme wird heute abend ebenfalls anwesend sein. — Der Eintritt in das NSKK steht jedem offen, der einen Führerschein besitzt, ohne Rücksicht darauf, ob er tatsächlich auch Besitzer eines Wagens oder Motorrads ist. Auch Nichtmitglieder der NSKK können in das NSKK aufgenommen werden. — Ein Film über größere Ereignisse und Aufmärsche wird vorgeführt werden.

Beerbardungen in der Bad. Schutzpolizei. Wie die Pressestelle im Staatsministerium mitteilt, wurden befördert: Der Kommandeur der badischen Schutzpolizei und Gendarmerie, Polizeioberleutnant Vaterodt zum Polizeioberst, der Führer der Schutzpolizei Karlsruhe, Polizeihauptmann Schmid zum Polizeimajor, der Leiter der Polizei- und Gendarmerieinspektion Karlsruhe, Polizeihauptmann Bahl zum Polizeimajor, ferner die Polizeiober-

Ettlinger Bürgerauschussvorlagen

(Fortsetzung)

Der § 22 erhält folgende Fassung:

1. Künstlerisch hochstehende Veranstaltungen der im § 1 Abs. 2 Nr. 7, 9 und 10 bezeichneten Art, deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen üblicherweise gestellt werden, werden zu einer Steuer von drei vom Hundert der Roheinnahme herangezogen.
2. Veranstaltungen der im § 1 Abs. 2 Nr. 7, 9 und 10 bezeichneten Art, bei denen der künstlerische oder volksbildende Charakter überwiegt und deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen üblicherweise gestellt werden, werden zu einer Steuer von fünf vom Hundert der Roheinnahme herangezogen, es sei denn, daß während der Veranstaltung Speisen oder Getränke gegen Bezahlung verabfolgt werden oder geraucht wird.
3. Zirkusveranstaltungen, deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen üblicherweise gestellt werden, werden zu einer Steuer von zehn vom Hundert der Roheinnahme herangezogen.
4. Darüber, ob die in Abs. 1 bis 3 bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, entscheidet die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Behörde.

An Stelle der §§ 26, 27 tritt als § 26 folgende Vorschrift: § 26

Soweit diese Steuerordnung nichts anderes bestimmt, finden die Vorschriften der Reichsabgabenordnung sinngemäß Anwendung. Dies gilt nicht für das Rechtsmittelverfahren.

sofern nicht das Landesrecht auch insoweit die Vorschriften der Reichsabgabenordnung für anwendbar erklärt.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, nach erforderliche oder von der Aufsichtsbehörde etwa verlangte Textveränderungen vorzunehmen.

Der Bürgerauschuss wird um Zustimmung ersucht.

Begründung:

Der Reichsrat hat mit Verordnung vom 1. 6. 1933 verschiedene Bestimmungen über die Vergütungssteuer geändert und einige Bestimmungen neu erlassen. Da diese Vorschriften für die Gemeinden bindend sind, muß die hiesige Vergütungssteuerordnung dementsprechend abgeändert werden. Die vorgeschlagene Fassung entspricht der Verordnung des Reichsrats vom 1. 6. 1933.

Von besonderer Bedeutung ist die erneut geänderte Besteuerung von Bildstreifen (Vorführungen der Lichtspieltheater). Die sogenannten Kulturfilme sind durch Erleichterung ihres Kreises und durch eine Senkung der Steuerlast noch mehr begünstigt worden, als wie es bisher der Fall war. Daneben wurde auch nach der Steuerlast für sonstige Veranstaltungen — sofern sie künstlerisch hochstehend sind — bedeutend ermäßigt.

Der Ertrag der Vergütungssteuer wird durch diese Änderung eine gewisse Minderung erfahren, deren Höhe aber nicht wesentlich sein wird, da Veranstaltungen, auf die die neuen Bestimmungen zutreffen, hier nicht oft stattfinden. Die sonstigen Änderungen sind unwesentlich, sie haben insbesondere auf den Steuerertrag keinen nennenswerten Einfluß.

Abhör der Stadtrechnungen und Nebenrechnungen der Rechnungsjahre 1925, 1926, 1927 und 1928. Hierüber wird mündlicher Bericht erstattet.

Leutnant Maier-Waldshut, Broß-Geidelberg, Plab-Karlsruhe, Heller-Billingen, Korn-Karlsruhe und Sausel-Freiburg zu Polizeihauptleuten.

× Schiedsgerichte für Streitigkeiten aus Viehhandelsgeschäften. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die Badische Bauernkammer und der Badische Bauernverein haben lebhaft Klage darüber geführt, daß die Bauern von den Viehhändlern beim Abschluß von Viehhandelsgeschäften in der Regel zur Unterzeichnung eines Schiedsgerichtsprotokolls gezwungen werden, welches die Bauern schwer geschädigt würden. In der Tat pflegt der Bauer, der von einem Händler Vieh kauft oder es an ihn verkauft, hierbei einen ihm zur Unterzeichnung vorgelegten Vertrag nicht in allen Einzelheiten durchzulesen. Er wird also meist auf die Schiedsgerichtsprotokolle erst dann aufmerksam werden, wenn es zum Streit kommt, und er wird erst dann erkennen, wie nachteilig es für ihn ist, das ordentliche Gericht nicht anrufen zu können. Das Streben des Bauern nach Beseitigung der Schiedsgerichtsprotokolle im Viehhandel muß nach den bisherigen Erfahrungen als berechtigt anerkannt werden. Das Badische Justizministerium hat deshalb beim Reichsjustizministerium angetragt, daß im Wege der Reichsgesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden. Bis zum Eingreifen des Reichsgesetzgebers kann den beteiligten händlerischen Kreisen nur empfohlen werden, sich beim Abschluß von Viehkäufen und Verkäufen auf keine Schiedsgerichtsprotokolle einzulassen.

× Steuererleichterungen für den Neubaubestand. Die Arbeitsgemeinschaft für den Neubaubestand teilt uns mit: Auf verschiedene Eingaben an den Finanzminister und zwei persönliche Rücksprachen der Vertreter des Verbandes der Badischen Neubaubestände erfolgte kürzlich eine Antwort, die wohl von allen Neubaubeständen mit großem Interesse aufgenommen werden wird. Danach wird die Steuerfreiheit von Neubauwohnungen über 150 qm von 3 auf 5 Jahre verlängert. Die Finanzämter werden Weisung erhalten, im Billigkeitswege auch bei Neubauten ohne Rücksicht darauf, ob sie grundsteuerpflichtig sind oder nicht, 4 v. H. des nach § 62 GStG maßgebenden Steuerwertes vom Gewerbesteuer abzulassen. Die Frage, wie weit bei Teilung von Neubauwohnungen steuerliche Erleichterungen über das bisherige Maß hinaus gewährt werden können, wird im Benehmen mit dem Minister des Innern geprüft.

Grausamkeit gegen die Tiere ist eines der kennzeichnendsten Zeichen eines niederen und unedlen Volkes. A. v. Humboldt.

× Bekämpfung öffentlicher Unflätigkeit. Auf Grund § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wird die „Studiengesellschaft für Triebforschung“, jetzt Sitz in Paris für den Bereich des Landes Baden verboten. Jede Werbung für die Ziele dieser verbotenem Gesellschaft, die Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts unter den Mitgliedern oder mit der Gesellschaft und der Bezug von Trudilschriften, die von ihr herausgegeben werden, ist verboten. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 750 bis 15 000 RM. bestraft.

× 4000 RM. Spende der badischen Postbeamten. Die badischen Postbeamten haben den Betrag von über 4000 RM. an die Zentrallammelle in Berlin abgeführt. Auch an der neuen freiwilligen Sammlung von Beiträgen zur Durchführung des gigantischen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung wird sich die badische Postbeamten nach besten Kräften beteiligen. Jeder Postbeamte, gleichviel welcher Besoldungsgruppe er angehört, wird je nach seinen Einkommensverhältnissen laufend einen angemessenen Betrag von seinem Monatsgehalt abgeben, um so zum Gelingen dieses großen sozialen Wertes ihren Teil beizutragen.

Befähigung der Betriebsanlagen des Lebensbedürfnisvereins

Am Montag nahmen die Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront, Herr Reichstagsabgeordneter Plattner, der Kreisbetriebsstellenleiter, Herr Steiger, der Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Südwest der NSDAP, Herr Berle und mehrere andere Herren der Nationalsozialistischen Partei eine Befähigung der Betriebszentrale des Lebensbedürfnisvereins vor. Die Gäste wurden vom Vorstand und von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates empfangen und nach herzlichen Begrüßungsworten durch sämtliche Räume des umfangreichen Betriebes geführt. Die Besucher hatten so Gelegenheit, die Organisation in ihren Einzelheiten kennenzulernen und sich von der zweckmäßigen, allen Erfordernissen der modernen Hygiene Rechnung tragenden Beschaffenheit aller Lager und Fabrikationsräume zu überzeugen. Nach der Befähigung wandte sich Herr Plattner

an die im Lehrsaal versammelten Angestellten und Arbeiter. Er wies darauf hin, daß die Betriebe der Verbrauchergenußgesellschaften der Deutschen Arbeitsfront eingegliedert worden seien und daß es ihm ein Bedürfnis sei, die Arbeiter der in seinem Bezirk befindlichen und damit seiner Aufsicht unterstellten Betriebe unmittelbar bei ihrer Arbeit kennen zu lernen. Er gab dann seiner Befriedigung über den tadellosen Zustand der Betriebsanlagen Ausdruck und schloß mit dem Appell an alle Versammelten, den Genossenschaftsgeist in echt nationalem Sinne aufzufassen und in die dargebundene Führerschaft einzuschlagen. Ein jeder müsse sich darüber klar sein, daß die Genossenschaft der Nation zu dienen habe und daß jeder Mitarbeiter auch in ehrlicher Gefolgschaft sein muß. Der Ortsbeauftragte dankte dem Herrn Plattner für die Ausführungen und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer und das deutsche Vaterland. Im Kreise der Verwaltungsmittelglieder sprachen sich sowohl Herr Plattner als auch die übrigen Herren anerkennend über Organisation und Zustand des Betriebes aus. Herr Plattner gab noch verschiedene wertvolle Anregungen über vorzugsweise Berücksichtigung unserer badischen Wirtschaft und schloß mit der Aufforderung, sich in gleicher Weise wie bisher dem Betrieb zu widmen, um den hohen Stand des Unternehmens auch für die Zukunft zu sichern.

Aus der Landeshauptstadt

** Zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Anlässlich des 58. Bundestages der Deutschen Buchbinderinnungen, die in Frankfurt a. M. stattfand, wurde der langjährige Bundespräsident Friedrich Waghaußen-Karlsruhe zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Turnen * Sport * Spiel

Fußballwettkämpfe in Forstheim.

Sportfreunde Forstheim — FV. Malsch 1:1, Eden 4:1.

Forstheim: Kistner; Fütterer 1, Huber; Ostermeier 2, Kühn, Karle u. Burkart; C. Ferrer, Ostermeier 1, Fütterer 2, Landhäuser 3, Schiedsrichter: Kühn-Deigheim.

Den Auftakt der Forstheimer Sportwoche mit der Austragung von täglichen Pokal- und Entscheidungsspielen, welche vom 6. bis 13. August dauert, bildete am Samstag abend das A.-H.-Spiel zwischen Forstheim und Malsch A.H., das 1:1 endete. Am Sonntag mittag um 3 Uhr spielte die 1. Elf der Sportfreunde gegen den Nachbarklub FV. Malsch. Wegen der großen Hitze wurde das Spiel nur 1 Stunde durchgeführt, auch wurden die Spieler durch die Hitze sehr beeinträchtigt und konnten dieselben keine großen Leistungen erzielen, so daß man das Spiel fast mit einem Spiel der A-Klasse vergleichen kann. Das Spiel stand unter der Leitung von Kühn-Deigheim.

Handels-Nachrichten

Schweinemarkt in Ettlingen am Mittwoch, 9. Juli. Zugelassen: 81 Ferkel und 109 Käfer. Verkauft wurden 77 Ferkel zum Preise von RM. 16.50—22.— und 60 Käfer zum Preise von RM. 22.—36, jeweils das Paar. — Bericht über Rindvieh- und Pferdemarkt folgt morgen. — Der nächste Schweinemarkt wird am 16. August, vormittags 7 Uhr stattfinden.

Mannheimer Großviehmarkt vom 8. August. Zufuhr: 175 Ochsen, 123 Bullen, 226 Kühe, 281 Färsen, 688 Kälber, 24 Schafe, 2056 Schweine, 8 Fiegen, 2 Lämmer. Preise pro 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 30—32, 26—28, 26—28, —, —; Bullen: 27 bis 30, 25—27, 23—25, —; Kühe: 22—24, 18—21, 15—18, 12 bis 14; Färsen: 32—33, 27—29, 25—27, —; Kälber: —, 40—43, 36—38, 31—34, 25—28; Schafe: —, —, —, 21—27, —; Schweine: 43—44, 44—45, 44—45, 43—44, 41—43, —. Marktverlauf: Bei Großvieh, Kälbern und Schweinen mittel geräumt.

Mannheimer Pferdemarkt vom 8. August. Zufuhr: 48 Arbeitspferde, 28 Schlachtpferde. Preis pro Stück Arbeitspferde 300 bis 1200, Schlachtpferde 40—140 Mark. Marktverlauf: sehr ruhig.

Letzte Nachrichten

Sorta (Azoren), 9. August. Gestern abend zwischen 19.25 und 19.45 Uhr MGZ. traf unter Führung des Generals Pellegrini die erste 8 Flugzeuge des italienischen Geschwaders im Hafen von Sorta ein und warteten ab. Gegen 20 Uhr MGZ. traf dann General Balbo mit den restlichen 15 Flugzeugen in Ponta Delgada ein. Das Geschwader wurde in beiden Häfen von der Bevölkerung förmlich begrüßt und gefeiert und wird voraussichtlich nach einem einwöchigen Aufenthalt auf den Azoren zum Weiterflug nach Lissabon starten.

Witterungsaussichten für Donnerstag: Entwicklung nicht absehbar, doch ist die Entwicklung unbeständigen Wetters wahrscheinlich.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Manheim, 9. Aug. (Ein Verbrechen vor der Aufklärung) Bei dem am vergangenen Donnerstag in seiner Wohnung in der Donnersbergstraße tot aufgefundenen 33 Jahre alten Versicherungsbeamten, dessen Frau verstorben ist, stand man infolgedessen vor einem Rätsel, ob es sich um einen Freitod oder um ein Verbrechen handelte. Nunmehr ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine bestimmte Spur zu verfolgen, die nach Duisburg führt und da man mit Bestimmtheit annahm, daß es sich um ein Verbrechen handelte, wurden die Frau des Getöteten sowie ein anderer Mann dort in Haft genommen. Auch dürften noch weitere Täter in Frage kommen. Man wird also bald Aufklärung über dieses mysteriöse Verbrechen erhalten können.

Heidelberg, 9. Aug. (Vier Kommunisten verhaftet.) In Siegelhausen wurden vergangene Nacht zwei Kommunisten verhaftet, die regelmäßig an kommunistischen Sitzungen teilnahmen, wobei der Moskauer Sender abgehört wurde. Zwei weitere Teilnehmer an diesen Zusammenkünften wurden am Montag morgen festgenommen.

Schweigenen, 9. Aug. (Arbeitsbeschaffung.) Aufgrund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 genehmigte der Gemeinderat die Aufnahme eines zinsfreien und in fünf gleichen Jahresraten zu tilgenden Darlehens in Höhe von 34.000 RM. zur Durchführung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden. — (Beim Baden ertrunken.) Beim Baden im Strandbad in Rohrhof ist am Sonntag nachmittag der 11 Jahre alte Heinrich Kolb von Rohrhof ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden.

Bruchsal, 9. Aug. (Vermißt.) Seit Freitag wird der in den 40er Jahren stehende Karl Keller, der auf dem Grundbuchamt in Forst angestellt war, vermißt. Ueber das Verschwinden Kellers, der der SA angehört, ist man noch völlig im unklaren, doch sind die Polizeibehörden eifrig bemüht den Fall so schnell wie möglich aufzuklären.

Bruchsal, 9. Aug. Die vermißte Modistin Gertrud Seib ist ermittelt worden und befindet sich wieder bei ihren Eltern.

Itzheim, 8. Aug. (Zwei Todesopfer des Rheins.) Beim Baden ertrank am Sonntag nachmittag unterhalb der Jäger-Schwelle der 34-jährige SA-Mann Anton Jögle aus Ranzingen. Jögle, der bei einer Göttinger Firma beschäftigt ist, hat auf einer Kiesbank im Strom gebadet, wobei er in tiefes Wasser geriet und fortgerissen wurde, ehe ihm Hilfe zuteil werden konnte. — In Burgheim ertrank der 19-jährige Sohn der Witwe Ganz aus Obermühlbach vor den Augen zahlreicher Badenden, die ihm ebenfalls keine Hilfe mehr bringen konnten. Die Leichen wurden noch nicht gelandet.

Waldbühl, 8. Aug. (Lebensretter.) Im städtischen Strandbad konnte der SA-Mann Lütjohr seinen Kameraden Emil

Scheuble aus der Gefahr des Ertrinkens retten. Es ist das dritte Mal, daß Herr Lütjohr Menschen vor dem Tode des Ertrinkens bewahrt hat. Er wurde bereits mit der Lebensrettungsmedaille ausgezeichnet.

Böhrenbach, 9. August. (Todesopfer der Fallperre.) In der Fallperre im Einachtel hat das Baden bei einem jungen Mann durch Herzschlag ein Todesopfer gefordert. Der aus Triberg stammende junge Kaufmann Fritz Braitsch hatte mit einem Freund eine Radtour unternommen. Nach längerer Fahrt in Linach hatten sie dann am heißen Tag gebadet, wobei der erst 22 Jahre alte Braitsch vom Herzschlag getroffen wurde.

Weil a. Rh., 9. Aug. (Garnisonverfärkung.) Der Brückenkopf Hünningen hat nun eine ständige Garnison von 25 Jägern zugewiesen erhalten.

Neue Dienstkleidung

des Aufsichtspersonals der Badischen Straf- und Erziehungsanstalten.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Wie die Polizei, so hatten auch die Aufsichtsbeamten der Badischen Straf- und Fürsorgeerziehungsanstalten nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 von ihrer Uniform alles ablegen müssen, was an die fahle Vergangenheit erinnerte. Es wurde fast noch gründlicher aufgeräumt als bei der Polizei. Als Hauptbekleidungsstück blieb eine Poppe übrig, die an Einfachheit nicht mehr überboten werden konnte. War sie kaum geeignet, Stellung und Ständebewußtsein des Aufsichtsbeamten im Dienst zu heben, so war sie als Kleidungsstück des Beamten bei öffentlichen Veranstaltungen geradezu unzulässig. Der Wunsch der Beamtenschaft nach einer kleidsamen Uniform wurde schon vor Jahren wiederholt geäußert. Durch Erlaß des Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz vom 26. Juli d. J. (Justizministerialblatt S. 95) hat er nunmehr seine Erfüllung gefunden. Die Aufsichtsbeamten sind sich künftig in einer der Polizei angelegenen schlichten Uniform und mit entsprechender Bewaffnung zeigen können. Im Gegensatz zur Polizei trägt sie hellblaue Stragenpatten, eine hellblaue Tuchunterlage bei den Achseln und hellblaue Befehlsreifen bei den Dienstmützen als Merkmale ihres Standes. Es verdient mit Anerkennung hervorgehoben zu werden, daß durch die Einführung der neuen Uniform für die Staatskasse keinerlei Mehraufwendungen entstehen. Diese werden von der Beamtenschaft getragen.

Taubstummer überfällt eine Frau

Kenzingen, 9. Aug. In der Nacht auf Dienstag ist im nahen Nordweil der 28 Jahre alte Taubstummer Albert Klenert auf Strümpfen durch das Fenster in die Wohnung der 40-jährigen ledigen Barbara Kähler eingedrungen und hat sie mit Weißbrot auf den Kopf schwer verletzt. Wie sich der Vorgang abgepielt hat, konnte bisher nicht geklärt

werden. Heimkehrende Personen beobachteten, wie Klenert aus dem Hause flüchtete. Verdacht schöpfend brangen sie in das Haus ein und fanden im Flur die Frau in ihrem Blute liegend bewußtlos auf. Sie brachten sie in das hiesige Krankenhaus, wo sie in sehr bedenklichem Zustande darunterliegt. Die Gendarmerie nahm sofort die Spur nach dem Flüchtling auf. Sie fand ihn etwa zwei Kilometer von Nordweil entfernt an einem Kirchturm hängend tot auf. Völliges Dunkel liegt noch über den Voraussetzungen zu dieser Missetat, doch vermutet man, daß am Abend vorher zwischen den beiden sich Zwistigkeiten zugetragen haben, deren Charakter allerdings noch nicht geklärt ist.

Schweres Unwetter in Württemberg

Ein Todesopfer durch Blitzschlag

Stuttgart, 9. Aug. In den württembergischen Oberämtern Herrenberg und Rottenburg ging ein schweres Unwetter verbunden mit starkem Hagel los. In Bonndorf wurde der Gemeindevorstand Johannes Braun durch einen Blitzschlag getötet, als er bei der Ernte beschäftigt war. Ein weiterer Mann wurde vom gleichen Blitzstrahl betäubt, so daß lange Wiederbelebungsversuche notwendig waren. In Seeborn fiel der Hagel in der Größe von Taubeneiern. Die Ernte von Getreide und Hafer ist strichweise bis zu 40 Prozent vernichtet. Der Ort wurde teilweise unter Wasser gesetzt.

Büchertausch

„Münchener Illustrierte“

In der letzten Juliwocche feierte ganz München ein großes Sommerfest, das der Kampfbund für deutsche Kultur veranstaltete. Es galt der Erneuerung deutscher Festesfreude. Die neueste Nummer der Münchener Illustrierten (Nr. 32) bringt einen großen dreiseitigen Artikel mit sehr schönen Aufnahmen von den verschiedenen Veranstaltungen. — Die Serie „Deutsche Landschaft“ bringt einen interessanten Bildartikel von einer sommerlichen Fahrt durch Ostpreußen. — Zwei Seiten, betitelt „Staat ohne Land“, mit sehr schönen Aufnahmen berichten von einem Besuch beim souveränen Ritterorden der Malteser. — Ferner sind interessante Bilder vom Ausklang des 15. Deutschen Turnfestes enthalten. — Desgleichen findet man eine Seite mit Bildern von General Italo Balbo und dem Flughafen Orbetello, sowie eine Seite mit sehr aufschlußreichen Photos über die ewig blühende Grenze im Osten. — Die aktuellen Seiten bringen Bilder vom Besuch der italienischen Jungschiffen in Berlin, von dem diesjährigen großen Turnfest in Alben, von Prof. Max von Schilling's, von dem bekannten Freiluftlager Höhenaschau in Oberbayern und von Frankreichs größtem Unterseekreuzer. — Im textlichen Teil beginnt eine neuer, äußerst spannender Tatsachenbericht von den Kämpfen der NSDAP um die Reichshauptstadt, betitelt: „Die SA erobert Berlin“. Ferner ist noch die 2. Fortsetzung des Romanes „Glorias große Ferien“ enthalten.

Ämterliche Bekanntmachungen

Güterrechtsregisteramt, Band 2, Seite 153: Rabold Hermann Eugen, Tapezierer in Ettlingenweiler und Theresia geb. Rabold, Vertrag vom 22. Juli 1933: Gütertrennung unter Ausschluß jeder Rückwirkung und Verwaltung des Mannes am Vermögen der Frau. Ettlingen, den 4. August 1933. Amtsgericht.

Bürgerausschuß-Versammlung.

Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden hiermit zu einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, den 10. August 1933, abends 8 Uhr, in den großen Rathaussaal ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Durchführung von Waldweg- und Kulturarbeiten im Stadtwald im Freiwilligen Arbeitsdienst.
2. Kanalisation der Entengasse und Martinstraße.
3. Unentgeltliche Abtretung von städtischem Gelände an den Landesfiskus für Verbreiterung der Durlacher Straße.
4. Abänderung der städt. Vergütungssteuerordnung.
5. Abhör der Stadtrechnung mit Nebenrechnungen der Jahre 1926, 1926, 1927 und 1928.

Die Akten liegen von heute an während der Geschäftsstunden sowie am Sonntag, den 6. August 1933, vormittags von 11 bis 12 Uhr, in der Ratsschreiberei zur Einsicht der Bürgerausschussmitglieder auf. Ettlingen, den 5. August 1933. Der Bürgermeister.

Reichsverbilligungsscheine für Speisefette.

Die Reichsverbilligungsscheine für Speisefette werden auf Anordnung des Herrn Reichs arbeitsministers künftig monatlich ausgegeben. Die Ausgabe für den Monat August an die an dieser Stelle bereits veröffentlichten Bezugsberechtigten erfolgt durch das städt. Fürsorgeamt am

Donnerstag, den 10. August 1933, norm. von 8 bis 12 Uhr in der Zunftstube (Altes Schloß.) Meldekarte bzw. Renten-Ausweis ist vorzulegen.

Die Empfänger von Arbeitslosen- u. Krisenunterstützung erhalten die Verbilligungsscheine beim zuständigen Arbeitsamt, die Kurzarbeiter bei ihrem Arbeitgeber.

Der Reichsverbilligungsschein enthält 2 Abschnitte. Abweichend von den bisherigen Bestimmungen kann vom 1. 8. 1933 an ein jeder Abschnitt des Verbilligungsscheines beim Kauf von mindestens ½ Pfund der für die Verbilligung in Frage kommenden Fettwaren in Zahlung gegeben werden. Die Preisverteilung beträgt je Abschnitt 25 Pfg. Der Reichsverbilligungsschein ist nicht übertragbar. Eine Verwendung der Abschnitte nach Ablauf der Gültigkeitsdauer ist unzulässig.

Die Bezugsquellen sind durch Aushang eines Plakates besonders kenntlich gemacht. Von der Einführung der Verbilligungsscheine sind ausgeschlossen die Firmen Pfannkuch & Co. und Kaisers Kaffeegeschäft.

Die Verkaufsstellen haben die Verbilligungsscheine bis 30. 9. 1933 beim Finanzamt Ettlingen gebündelt vorzulegen. Ettlingen, den 8. August 1933. Der Bürgermeister.

Hauspersonal-Anzeigen

für die als ausgezeichnete Mittlerin bekannte Familienzeitschrift

Die Gartenlaube werden ohne Berechnung von Spesen durch uns vermittelt. Jedes Textwort kostet 10 Pfg., das fettgedruckte Überschriftswort 60 Pfg. Weiterleitung der Anzeigen erfolgt sofort.

Buch- u. Steindruckerei R. Barth, Ettlingen Verlag des Mittelbad. Kurier

Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (N. S. K. K.)

Einladung.

An alle Kraftfahrer!

Am Mittwoch, den 9. August 1933, abends 20.30 Uhr findet im oberen Saal der „Sonne“ ein

Werbe-Abend

des „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps“ (N.S.K.K.) statt mit Vortrag von Kamerad Dr. Jordan, Regierungsrat beim Finanzamt Karlsruhe.

Ich lade Sie zum Besuch dieses Abends ein, um Sie über Zweck und Ziel des N. S. K. K. zu unterrichten und bitte um zahlreiches Erscheinen.

„Heil Hitler“

Der Korpswart.

Zur Einmachzeit

empfehlen wir unseren Mitgliedern:

Kristallzucker
Grießzucker

zu den billigsten Tagespreisen:

Opokta (Einmachhilfe) Paket 23 und 45 Pfg.
Opokta flüssig Flasche 86 Pfg. und Mk. 1.53
Sallypulver Paket 7 Pfg.
Sallypapier Rolle 15 Pfg.
Einmachhaut Packung 20 Pfg.

Soeben eingetroffen:

Kräuter-Einmach-Essig . . Liter 40 Pfg.
Abtei-Einmach-Gewürz . . . Beutel 10 Pfg.

Ferner empfehlen wir:

Kartoffeln (neue) Pf. 3 1/2 Pfg. Vollheringe (neue holl.) St. 10 Pfg.
Tomaten . . . Pfund 18 Pfg. Italiener Zwiebeln Pfund 8 Pfg.

Warenabgabe nur an Mitglieder

Lebensbedürfnisverein

Gesang-Verein Freundschaft v.

Sonntag, 13. Aug. 1933
ab nachmittags 3 Uhr

großes Gartenfest
in der „Sonne“

unter Mitwirkung der gesamten Kapelle des Musikvereins Ettlingen sowie der Gesangsvereine „Germania“ Karlsruhe und „Sängerkrantz“ Spinnerei.

Schießstand. Sonstige Belustigungen.

Ab 8 Uhr abends: **Tanz**
im „Sonnensaal“

Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder, Freunde und Gönner freundlichst ein.
— Eintritt frei! —
Der Vorstand.

Eine Brücke

zum Leben der Zeit

Unsere heutige Zeit geht rasch und lebhaft durch den Tag. Abwechslung ist ein Bedürfnis des Geistes. Nach aufreibendem Tagewerk verlangt der Abend eine Entspannung, ein seelisches Ausruhen.

Welhagen & Klasing's Monatshefte bilden eine ebenso geistreiche wie unterhaltsame Lektüre. Dem Leser werden die freien Stunden zu einem Born der Erholung und Freude!

Jedes Heft ist ein Spiegel der zeitgenössischen Literatur und unserer gegenwärtigen Kultur; es unterrichtet über Bewegungen und Fortschritte der Kunst, Technik, des Theaters, Films, Sports usw. Von bleibendem künstlerischem Wert ist der farbenfrohe Bilderdruck, der in der ganzen Welt berühmt geworden ist.

Monatlich ein Heft für nur **Rm. 2.10**

Der Verlag von Welhagen & Klasing, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Probeheft.